



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND
UMWELT

am Donnerstag, 11.02.2021, 17:00 Uhr, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Verlängerung der Finanzierung der
Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt um
weitere fünf Jahre**

Vorl.Nr. 501/20

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Ludwigsburg übernimmt für die Jahre 2021 bis einschließlich 2025, ebenso wie alle anderen Kreiskommunen im Verhältnis der Anzahl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, den Anteil der Kosten der Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. BM Ilk prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt BM **Ilk** mit, dass er am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung über die Themen Wahlplakatierung und Baumfällungen informieren werde. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Er dankt dem Team Frauen für Frauen e.V. für ihre außerordentlich gute Arbeit und begrüßt Stadträtin Shoaleh in ihrer Funktion als pädagogische Leiterin und Vertreterin der Interventionsstelle.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) geht auf die Vorlage ein.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die hohe Dunkelziffer ein. Sie appelliert, mit offenen Augen durch die Welt zu gehen und nicht wegzuschauen. Sie fragt nach präventiven Maßnahmen und ob hierfür finanzielle Mittel vorhanden seien.

Stadträtin **Seyfang** fragt nach dem Zugang betroffener Männer und spricht ebenso die Dunkelziffer an. Sie wird der Vorlage zustimmen. Die finanzielle Verteilung sei gerecht. Es sei sehr wichtig, dass diese Stelle weiterhin bestehe, so Seyfang.

Stadtrat **Rothacker** stimmt gerne zu und zeigt sich mit Blick auf die infolge des Corona-Lockdowns gestiegenen Fälle von häuslicher Gewalt verwundert über das Ausreichen der finanziellen Mittel. Er stellt die Frage, ob 50.000,--Euro für die Interventionsstelle ausreiche oder künftig aufgestockt werden müsse. Er dankt allen Beteiligten für die tolle Leistung.

Stadträtin **Liepins** signalisiert ebenso ihre Zustimmung und lobte die gute und wichtige Arbeit der Stelle. Während der Pandemie habe die häusliche Gewalt zugenommen. Sie stellt erstaunt fest, dass die Hälfte der Frauen dennoch im häuslichen Umfeld bleibe.

Stadträtin **Knecht** geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Sie hofft, dass die finanziellen Mittel ausreichen und fragt ebenso, ob künftig aufgestockt werden müsse. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Ein kleiner Betrag, jedoch eine große Hilfe lobt Stadtrat **Müller** die Arbeit.

Frau **Shoaleh** (Frauen für Frauen e.V.) dankt für das positive Feedback und teilt mit, dass durch die Aufstockung in der Fachberatungsstelle der Verein mehr in der Präventionsarbeit tun könne. Den Fokus lege man vor allem auf Fachvorträge und die Arbeit in den Schulen. Wichtig sei, schon im jungen Alter für das Thema zu sensibilisieren. Die Interventionsstelle sei genauso auch für Männer da. Wenn die Polizei vor Ort einen Platzverweis ausspricht, wird die Stelle direkt informiert und nimmt anschließend Kontakt zum Opfer auf, egal welches Geschlecht. Es gebe aber auch Männer, die sich von selbst melden. Im Gesamten sei der Anteil der männlichen Opfer aber eher gering. Sie ist sich sicher, dass die Fälle häuslicher Gewalt in der Corona Pandemie zugenommen haben. Gemeldet werden derzeit jedoch weniger Fälle als sonst. Die Opfer haben keine Möglichkeit, sich bei der Interventionsstelle oder der Polizei zu melden, wenn alle zu Hause sind, meint sie. Sie ist überzeugt, dass viel auf sie zukommen werde, sobald etwas Normalität einkehre. Mit einer 50-Prozent-Stelle kümmert sich der Verein Frauen für Frauen in der Interventionsstelle um die akuten Fälle, das sei für den gesamten Landkreis sehr wenig. Mehr Kapazitäten wären gut. Finanziert wird die Stelle von Beginn an von allen Kreiskommunen, anteilig nach Einwohnerzahlen. Das ist ein sehr gerechtes Finanzierungsmodell, so Shoaleh.

Dieses Thema sei bereits im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales angesprochen worden, fügt Frau **Raupp** (Stabsstelle Gleichstellung) hinzu. Sie geht auf die fallunabhängige Finanzierung der Interventionsstelle ein. Der Vorgang eines Platzverweises sei dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung zugeordnet. Der Verein betreibe die Interventionsstelle, die Fachberatungsstelle und das Frauenhaus. Diese werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Die Höhersetzung des Präventionsanteiles für die Fachberatungsstelle sei im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschlossen worden.

BM **Ilk** spricht seinen Dank aus und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt in das Thema ein. Die gesamten Leitungen unter Ludwigsburgs Straßen betragen eine beeindruckende Länge von 2.500 km. Hier seien ständig Instandhaltungen erforderlich. Die einzelnen Baumaßnahmen seien noch nicht im Detail erarbeitet und werden noch mit den ausführenden Baufirmen abgesprochen.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert über die Baumaßnahmen 2021 anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht auf die einzelnen Maßnahmen ein. Die Grobplanung erfolgte in der Fachrunde Verkehr und in enger Absprache mit der Polizei und den Ludwigsburger Verkehrslinien. Mit den Maßnahmen wolle man die Infrastruktur in Ludwigsburg verbessern.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** dankt für die Vorstellung der Baumaßnahmen. Jedoch werde man vor vollendete Tatsachen gestellt und habe keine Mitsprache, bemängelt sie. Sie ärgert sich über die Maßnahme an der Hoferstraße. Diese sei ein Sorgenkind für Radfahrer. Sie kritisiert die fehlende Gestaltungsmöglichkeiten des Gemeinderates und die Zeitschiene. Auch der Stadtteilausschuss solle einbezogen werden. Es müsse eine neue Form der Abstimmung gefunden werden. Zudem prophezeit sie Kritik der Bevölkerung hinsichtlich der künftig erforderlichen Anwohnerparkausweise und der Sperrung der Hoferstraße.

Stadtrat **Klotz** hofft auf eine gute Planung und wünscht zu gegebener Zeit eine Vorstellung der Maßnahmen. Er fordert dazu auf, die Baustellen aufeinander abzustimmen. Es dürfe nicht in einem Chaos enden. Vor einer Ausschreibung müsse ein Verkehrskonzept erstellt werden. Er geht näher auf die Verkehrsführung zur Maßnahme Friedrichstraße ein, da zeitgleich Maßnahmen an der Martin-Luther-Straße und der Schorndorfer Straße erfolgen. Zur Maßnahme Schillerplatz fragt er nach der Notwendigkeit der langen Zeitdauer und geht auf die geplanten Aktionen zur Förderung des Innenstadthandels ein. Zudem solle die Bebauung am Zeughaus mitgedacht werden. Die Maßnahmen an der Frankfurter Straße sollen zeitgleich erfolgen, wenn möglich. Weiter will er wissen, ob sich XXL Lutz finanziell beteiligt und die Linksabbiegerspur stadteinwärts verlängert werde. Die Maßnahme Reuteallee sollte bis Semesterbeginn abgeschlossen sein. Weiter fragt er, ob mit dem Pächter der Vereinsgaststätte am Otto-Konz-Weg Gespräche geführt wurden.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach der Gewichtung der Maßnahmen und wünscht nähere Informationen zu Konzepten des Ausweichverkehrs. Umleitungen müssen funktionieren, fordert er. Insbesondere geht er auf die Maßnahme Schillerplatz ein und deren Auswirkung auf die Innenstadtbelebung. Solange noch nicht alle Planungen für die umliegenden Gebäude klar seien, solle diese Maßnahmen, wenn möglich, geschoben werden. Weiter geht er auf die Hoferstraße ein. Hier solle eine übergeordnete Leitlinie und Funktion zugeordnet werden und fragt nach der Vision des Fachbereiches. Der Radweg sei misslungen, merkt er noch an.

Seit Jahren gebe es viele Maßnahmen in der Weststadt, so Stadträtin **Liepins**. Schnell solle der Radweg zum Bildungszentrum West umgesetzt werden. Zum Radweg an der Robert-Franck-Allee habe sie noch keine Pläne gesehen. Zudem fragt sie nach der Lärmschutzwand in Eglosheim und ob hier eine neue Wand vorgesehen sei oder diese auch saniert werden könne sowie nach der Neugestaltung des Ortseingangs. Weiter geht sie auf den schmalen Otto-Konz-Weg ein und fragt, ob hier nur Belagssanierungen vorgesehen seien.

Bevor die Maßnahme Friedrichstraße nicht abgeschlossen sei, solle keine weitere Maßnahme

erfolgen, so Stadträtin **Knecht** und geht auf die Ost-West-Achse ein. Zur Schorndorfer Straße fragt sie, ob eine zweispurige Befahrung möglich sei. Mit dem Verein an der Robert-Franck-Allee sollen die Parkmöglichkeiten abgesprochen werden. Sie regt zudem eine zweireihige Baumallee an. Weiter spricht sie kleinere Baumaßnahmen mit Vollsperrungen und Umleitungsverkehr an. Diese müssen ebenso in den Verkehrsrechner eingespeist werden. Die Regelung der Zufahrt zur Tiefgarage am Schillerplatz während der Bauphase interessiert sie. Sie weist auf ein neues System der Glasfaserverlegung hin. Eine offene Kommunikation wünscht sie seitens der Verwaltung zu den Brennpunkten. Weiter interessiert sie das gesamte Bauvolumen.

Die Übersicht zum Jahresanfang sei nützlich, merkt Stadtrat **Müller** an. Er wünscht eine gestalterische Mitwirkung bei manchen Maßnahmen. Er fragt nach den Fußwegen während der Bauzeit. Bei der Kabelverlegung sollen gleichzeitig Röhren für Glasfaser eingebracht werden. Er fragt nach den geplanten langfristigen Baumaßnahmen an der Friedrichstraße. Zudem interessiert ihn die Gestaltung des Otto-Konz-Weges.

Stadtrat **Bauer** geht auf die Lärmschutzwand in Eglosheim ein. Er fragt nach der konkreten Maßnahme und die Finanzierung. Der Stadtteilausschuss solle eingebunden werden.

BM **Ilk** geht auf die halbseitigen Sperrungen ein. Damit ist kein kompletter Straßenumbau verbunden und keine großflächige Umgestaltung des oberen Bereiches. Die technische Infrastruktur unter der Straße müsse intakt gehalten werden.

Umleitungen werden vor Ort mit den Bauleitern besprochen, teilt Herr **Mayer** mit. Hier werde nach optimalen Lösungen gesucht. Aufgrund der vielen anfallenden Baumaßnahmen sei der Brennpunkt in der Weststadt. Die Maßnahme Schiller-/ Mathildenstraße sei dringend notwendig. Der Radverkehr sei dort weiter möglich. Eine gemeinsame Taktung der Maßnahmen Frankfurter Straße und XXXL sei aufgrund der jeweiligen halbseitigen Sperrung nicht möglich. Die Maßnahmen Friedrichstraße und Robert-Franck-Allee seien nicht überlappend.

Herr **Könnel** (SWLB) geht auf die einzelnen Baumaßnahmen ein. Alle Maßnahmen seien notwendig. Die Friedrichstraße sei eine gemeinsame Maßnahme mit der Stadt. Die Kreuzung an der Stuttgarter Straße beinhalte noch alte Leitungen, ebenso auf Höhe der Brünnerstraße. Die Maßnahmen 2 und 3 werden verbunden mit dem Fernwärmenetz und dem Ringschluss zur Versorgungssicherheit. So sollen etwa das frühere EnBW-Gebäude und die AOK angeschlossen werden. Die Planungen der Hoferstraße werden mit dem Planungsbüro abgestimmt. Es werde mit der Maßnahme Martin-Luther-Straße mit einer einseitigen Sperrung begonnen. Die Anbindung der Asperger Straße erfolge in den Sommerferien. Dies sei mit der Verkehrsbehörde abgestimmt. Die Straßenbeleuchtung habe eine nachgeordnete Priorität. Maßnahme 4 tangiere nicht das Impfzentrum. Maßnahme 5 hängt mit der Fernwärmeerschließung für Waldäcker III zusammen. Für die Maßnahme 6 werde eine Ampelregelung getroffen. Hier habe es in der Vergangenheit mehrere Rohrbrüche gegeben. Die Maßnahme 8 werde in mehreren Bauabschnitten erfolgen. Im Detail werde dies mit der Verkehrsbehörde und den Baufirmen abgestimmt. Die Zufahrt zum Parkhaus müsse möglich sein. Eine kurze Bauzeit benötigt die Maßnahme 9, da lediglich eine Wasserleitung betroffen sei. Bei Maßnahme 11 werden die Semesterferien beachtet. Die Maßnahmen 12 und 13 seien wegen undichten Leitungen erforderlich. Zur Maßnahme 15 erfolgen noch Abstimmungen.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) weist auf die intensiven Abstimmungen im Vorfeld und auf das intensive Sparprogramm hin. Alle Leitungsversorger seien involviert. Bei technischen Problemen und Versorgungsgründen müsse schnell reagiert werden. Es seien Maßnahmen im Bestand und keine kompletten Fahrbahnerneuerungen. Umbaumaßnahmen und

Umstrukturierungen werden nicht vorgenommen. In den Bestand werde nicht eingegriffen. Die Kabelverlegung für das Glasfasernetz erfolge hauptsächlich in den Gehwegen und erfordere eine andere Tiefe als Wasser und Fernwärme. Leerrohre für Glasfaser und Beleuchtung werden eingezogen sofern die Gehwege aufgedrungen werden müssen. Wenn die Leitungen nicht tief genug verlegt werden, könne dies bei Belagsarbeiten stören. Auch dringe in diese Schnitte Feuchtigkeit ein und greife den Belag an. Aufzugraben sei besser, so Schmidtgen. Weiter geht sie auf das eigene Fahrbahnsanierungsprogramm ein. Dieses sei am 19.11.2020 dem Gremium vorgestellt worden. Pandemiebedingt mussten Einsparungen vorgenommen werden. Sie geht auf die geplanten Maßnahmen für das Jahr 2021 ein. Beim Otto-Konz-Weg werde lediglich der Belag erneuert. Die Bauzeit liege hier bei 2 Wochen. Die Lärmschutzwand in Eglosheim sei nicht die vorgestellte Maßnahme aus dem Jahre 2018. Es gehe lediglich um eine notdürftige statische Stabilisierung. Sie hofft auf einen Fördergeber für eine ökologisch wertige Sanierung.

Herr **Knobloch** (FB Nachhaltige Mobilität) ergänzt, dass die Maßnahmen Robert-Franck-Allee und Otto-Konz-Weg abhängig von Förderzusagen des Landes seien.

Stadträtin **Seyfang** merkt an, dass bei der Frankfurter Straße stadteinwärts für die Erweiterung XXXL die Linksabbiegerspur verlängert werde. Dies solle gleich mitgeplant werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt nach der geplanten Straßenseite in der Hoferstraße. Sie geht auf die Planung der BRT-Trasse ein. Das Planungsbüro solle über das Vorhaben der Stadtwerke informiert werden. Zudem solle das Gremium und der Stadtteilausschuss zu den Planungen informiert werden.

Hierzu sei man noch in Abstimmung mit dem Planungsbüro, antwortet Herr **Könnel** zur Frage der Straßenseite.

Stadträtin **Knecht** sieht ein Verkehrskonzept ebenso als wichtig an. Geklärt müsse ebenso die Zufahrt der Tiefgaragen an der Mathildenstraße. Zudem solle es Absprachen mit dem Verein zum Radweg an der Robert-Franck-Allee geben. Mit einem Radweg entfällt für deren Gäste die Möglichkeit, bei Turnieren entlang der Straße zu parken. Weiter geht sie auf den Antrag zur Pflanzung von Bäumen ein.

Die Verkehrsführung werde intensiv mit den Baufirmen abgesprochen, sobald man in die Detailplanung gehe, so BM **Iik**.

Frau **Schmidtgen** geht auf die Alleen ein. Der Raum für Bäume sei beschränkt. In den Gehwegen und Straßen liegen viele Leitungen. Bei jeder Maßnahme werden mögliche Baumquartiere untersucht. Die Fernwärmemaßnahme an der Hoferstraße werde mit dem Planungsbüro abgesprochen. Eine finanzielle Beteiligung von XXXL werde es geben. Die Detailplanung sei hierzu noch nicht abgeschlossen.

Mit dem Tennisclub stehe man in einem konstruktiven Dialog, so Herr **Knobloch**. An der Robert-Franck-Allee werde im Wesentlichen der Radweg markiert, ohne größere Tiefbauarbeiten.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht künftig in den Prozess einbezogen zu werden.

BM **Iik** dankt für die Diskussionsrunde und die wichtigen Anmerkungen. Die weiteren Planungen werden im Ausschuss beraten.

Beratungsverlauf:

Herr **Knobloch** (FB Nachhaltige Mobilität) stellt die Jahresplanung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor. Das Thema SUMP und Elektromobilität werde nochmal im Ausschuss beraten.

BM **Ilk** merkt ebenso an, dass viele Themen im Ausschuss behandelt werden und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** dankt für die Gesamtschau. Einen Workshop, gegebenenfalls online, zur ÖPNV-Rad-Trasse fände er gut. Zu SUMP wünscht er umsetzbare Maßnahmen und nennt das Schlagwort Mobilität der Zukunft. Die Robert-Franck-Allee sieht er für den Radverkehr als eine wichtige Verbindung der Stadtteile. Er weist auf die Mängel in der Richard-Wagner-Straße hin. Die Radverkehrsverbände sollen involviert werden. Große Hoffnung setzt er in das RegioRad. Die Radschnellverbindung und eine Zeitschiene hierzu solle mit aufgenommen und Bäume überall mitgeplant werden. Ab dem Jahre 2022 sollen weitere Zebrastreifen geplant und die Busbeschleunigung weiterentwickelt werden. Bushaltestellen könnten mit Solar und Dachbegrünung ausgestattet werden. Elektromobilität sei ebenso wichtig bei Lieferdiensten, Carsharing, Taxis und städtischen Fahrten. Die Elektromobilität könne bei der Luftreinhaltung und Lärmreduzierung ein entscheidender Schritt sein. Weiter geht er auf die Luftfiltersäulen ein und bemängelt die Produktion von Mann und Hummel in China. Man hätte sich den wenig umweltfreundlichen Transport sparen können, wenn das Unternehmen hier produzieren würde, fügt er hinzu. Tempo 40 trage zur Lärmreduzierung bei, so Handel und plädiert für eine Regelgeschwindigkeit auf 40. Zum Parkraummanagement müsse eine gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Hierzu sollen alle Formate, wie soziale Netzwerke und Runder Tisch, genutzt werden. Er weist auf die fehlenden Themen Stadtbahn, Carsharing und Taxikonzept hin und wünscht einen Ausblick auf die Jahre 2022/ 2023.

Realistische Zeitpläne fordert Stadtrat **Herrmann** und dankt für die Übersicht. Die Konkretisierung des Radweges zum Bildungszentrum West sei gut. Die Mobilität der Zukunft umfasse auch den Individualverkehr und die Parkplätze. Weiter geht er auf die Ampelschaltung und den digitalen Verkehrsrechner ein. Hiermit solle die „Grüne Welle“ verbessert werden. Erfreut zeigt er sich über die Weiterentwicklung des Parkraummanagements, zurückgehend auf einen Antrag der CDU. Die digitalen Tafeln vermeiden Suchverkehr und tragen zur Verbesserung der Umweltqualität bei. Die Tiefgaragen Akademiehof und Rathaus sollen bei Überfüllung auf die Parkmöglichkeiten in der Solitude Tiefgarage und der weiteren Parkmöglichkeiten hinweisen. Generell solle das Autofahren nicht extrem verteuert werden.

Stadtrat **Zeltwanger** spricht seinen Dank an das Team aus. Er geht auf die Belebung der Innenstadt ein. Diese solle klimafreundlich und bequem für die Bürger sein. Der Berufsverkehr solle durch die Unterstützung der Home Office Arbeitsplätze weiter zurückgedrängt werden. Er wünscht eine kurzfristige Verbesserung der Co2-Bilanz und hierzu eine Kosten-/ Nutzaufstellung. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, so Zeltwanger. Die Elektromobilität müsse breit gefördert werden, auch für Kurzstrecken. Die Faktoren Effizienz und Wirksamkeit seien das Maß für Entscheidungen.

Stadtrat **Maier** dankt auch. Wichtig seien zielgerichtete Projekte und er wünscht konkrete Pläne. Die Luftfiltersäulen seien lediglich eine Symptombekämpfung. Bürgerbeteiligung sei wichtig, jedoch solle auch auf den Rahmen des Möglichen hingewiesen und keine falschen Erwartungen geweckt werden.

Auch Stadträtin **Knecht** spricht ihren Dank aus. Insbesondere spricht sie das Engagement der Mobilitätssprechstunde auf Instagram an. Sie fragt, ob der Fachbereich auch bei Elektroladestationen für Privathaushalte Ansprechpartner sei. Die Taxifahrer sollen in die Runde aufgenommen werden. Der Radweg zum Bildungszentrum West solle vorangetrieben werden. Eine bessere Anpassung wünscht sie bei der Ampelschaltung. Zudem fragt sie nach einer Aufstellung möglicher Förderungen.

Stadtrat **Müller** dankt für die Übersicht. Er vermisst jedoch den Radweg rund um den Bahnhof und die Priorität der Komponenten zur Ampelschaltung. Weiter wünscht er Informationen zu Carsharing-Stellplätzen.

Stadtrat **Bauer** regt eine Verbindung zum klimaneutralen Ludwigsburg, zu IKEK und zur Co2 Neutralität an.

BM **Ilk** lobt die bisherige Arbeit des Bahnstationsmanagers. Die Anregungen zu den Taxen werden mitgenommen.

Herr **Knobloch** beantwortet die Fragen aus dem Gremium und dankt für die Rückmeldungen. Die Übersicht beinhalte lediglich Maßnahmen, die im Jahre 2021 umgesetzt werden. Die Maßnahmen seien mit IKEK abgestimmt. SUMP sehe er als eine Art von Bürgerbeteiligung. Mit den Radverkehrsverbänden stehe man im Dialog. Die Anregungen zu den Bushaltstellen werden mitgenommen. Das Gespräch mit den Taxifahrern werde intensiviert. Die Instagram-Livesprechstunde sehe er ebenso als eine Art „Runder Tisch“. Weiter geht er auf das Parkraummanagement ein. Klimafreundliche Mobilität werde ebenso im SUMP-Prozess diskutiert. Über die heutige Vorstellung könne ein Zeitplan erstellt werden. Eine zeitliche Strukturierung über dieses Jahr hinaus sehe er ebenso als sinnvoll an. Er geht weiter auf die umfangreichen Förderprogramme ein. Eine Übersicht könne über die meist genutzten Förderungen erstellt werden. Der Radring werde konkretisiert. Mit den Carsharingunternehmen stehe man im Kontakt.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt zu den Themen Verkehrsrechner und Ampelschaltung. Die Leitstelle und der ÖPNV seien vorrangig geschaltet. Der Verkehrsrechner sei ein hochsensibles Konstrukt. Dieser reagiert auch auf den anstehenden Verkehrsfluss. Ein minimaler Eingriff habe Auswirkungen, auch auf die Grüne Welle und brauche mehrere Ampelphasen um diese abzuwirtschaften.

BM **Ilk** dankt für die Redebeiträge.

Wahlplakatierung:

Am Ende des öffentlichen Teils informieren BM **Ilk** und Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) zum Thema Wahlplakatierung. An alle Parteien seien Informationsschreiben ausgegeben worden. Als offizieller Start sei der 01.02.2021 angesetzt worden. Der Plakatierungsstart habe zu berechtigter Kritik geführt. Die rechtliche Vorgabe liege bei 4 bis 6 Wochen vor der Wahl. Sofern mehrheitlich gewollt, könne künftig der Plakatierungsstart vorverlegt werden, so dass ehrenamtliche Helfer das Wochenende nutzen können. Er appelliert an die Einhaltung der Vorgaben und wolle heute die Möglichkeit des Austausches nutzen.

Stadträtin **Knecht** geht auf das Informationsschreiben ein. Ihre Fraktion habe nach juristischer

Fristberechnung das Startdatum anders interpretiert. 6 Wochen vor der Wahl falle auf einen Sonntag, so Knecht. Der Tag des Ereignisses zähle zur Frist nicht mit. Ihre Fraktion habe am Sonntag ab 02:00 Uhr mit der Plakatierung begonnen. Die Plakatierung am Wochenende sei für alle ehrenamtlichen Helfer hilfreich. Eine Reduzierung der Plakate sei sinnvoll. Sie regt an, dass die Verwaltung für die Standorte Aufkleber ausbebe.

Stadtrat **Maier** geht auf das Informationsschreiben ein. Es seien sowohl 6 Wochen, wie auch das Datum 01.02.2021 genannt. Der Plakatierungsstart solle samstags ab 06:00 Uhr beginnen. Zudem regt er eine Reduzierung der Plakatanzahl an. Er wünscht eine Einhaltung der Regelungen und spricht die Platzproblematik an.

Ebenso für einen konkreten Starttermin spricht sich Stadtrat **Zeltwanger** aus. Regelverstöße sollten nachgegangen werden und mit einer Spendenverpflichtung verbunden werden.

Die FDP-Fraktion habe bereits bei der Kommunalwahl früher plakatiert, kritisiert Stadträtin **Liepins**. Es müsse eine Lösung gefunden werden und regt eine Plakatierung ab 06:00 Uhr an sowie die Androhung von Sanktionen. Die Verwaltung habe explizit 01.02.2021 genannt und an diese Vorgabe solle man sich halten.

Konflikte bei der Plakatierung gebe es seit Jahren, meint Stadtrat **Herrmann**. Er kann mit dem Vorschlag 6 Wochen und zwei Tage mitgehen. Eine Reduzierung der Plakate werde erfahrungsgemäß, auch hinsichtlich einer Kontrolle, nicht durchführbar.

Einer Plakatierung ab 06:00 Uhr und einer Spende bei Regelverstößen stimmt Stadtrat **Müller** zu.

Die lange öffentliche Diskussion zu diesem Thema sei unverständlich, kritisiert Stadtrat **Rothacker**. Er spricht sich für den Sonntag aus und wünscht ebenso eine Reduzierung der Plakate. Dann stünden auch genügend Flächen zur Verfügung, so Rothacker. Zudem moniert er die Plakatierung anderer Veranstaltungen als Platzhalter.

BM **Ilk** nimmt die Anregungen mit. Er erkennt im Gremium ein Votum für die Vorverlegung des Plakatierungsstarts.

Baumfällungen:

Am Ende des öffentlichen Teils informieren BM **Ilk** und Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) zudem zum Thema Baumfällungen. Im Zuge von Bestandserhebungen seien marode Hausanschlüsse sowie ein maroder Abwasserkanal an der Kurfürstenstraße beim Kindergarten festgestellt worden. Für die Neuerschließung müssen vier Bäume weichen. Nachpflanzungen und Grünbewuchs am Hang werden erfolgen. Zu den Fällungen im Salonwald teilt sie mit, dass die Stadtwerke diese Maßnahme nicht abgestimmt habe. Normalerweise finde eine intensive Abstimmung statt.

Warum die Stadtwerke diese Fällungen vorgenommen haben, fragt Stadträtin **Liepins**.

Frau **Schmidtgen** antwortet hierauf, dass das Gelände im Eigentum der Stadtwerke stehe. Diese müsse für die Verkehrssicherungspflicht, wie Rückschnitt und Fällungen, aufkommen.

Im Anschluss beendet BM **Ilk** den öffentlichen Teil der Sitzung.